Stand: 11.11.2025 18:58:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1470

"Bericht zum Wildtiermanagement große Beutegreifer"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/1470 vom 03.04.2014
- 2. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 03.04.2014
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1616 des UV vom 10.04.2014
- 4. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 07.05.2014



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

03.04.2014 Drucksache 17/1470

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Michael Brückner, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Anton Kreitmair, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Hans Ritt, Tanja Schorer-Dremel, Klaus Steiner und Fraktion (CSU)

Bericht zum Wildtiermanagement große Beutegreifer

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird anlässlich des Auftauchen eines Wolfes im Landkreis Rosenheim aufgefordert zu berichten, welche Maßnahmen im Bereich des Wildtiermanagements hierzu durchgeführt werden bzw. geplant sind.

Begründung:

Das Wildtiermanagement große Beutegreifer der Staatsregierung umfasst alle Maßnahmen und Aktivitäten für den Umgang mit Interessenskonflikten, die durch große Beutegreifer entstehen. Dabei sind die speziellen Ansprüche der Menschen und Wildtiere, die in der Region leben, zu berücksichtigen. Gerade Alm- und Alpbauern sind besonders betroffen. Sie benötigen zum Herdenschutz und zur Sicherstellung der künftigen Beweidung von Bergwiesen Unterstützung.

Durch einen Bericht über die laufenden und geplanten Aktivitäten im Bereich des Wildtiermanagements lassen sich bei aktuellen Fällen Ängste in der Bevölkerung abbauen.

Verhältnismäßigkeit und Chancengleichheit sind es auch, was Sie in Ihrem Antrag fordern, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dann fordern Sie, dass endlich der Grundsatz der Tarifeinheit unter Einbeziehung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorangetrieben werden muss.

Liebe Frau Karl, nichts anderes fordert Herr Vaatz. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene haben wir gemeinsam, CDU, CSU und SPD, vereinbart – ich zitiere auch da -:

Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.

Der Ball liegt aber nicht im Spielfeld der Bayerischen Staatsregierung – das wissen Sie -, sondern in dem der Bundesarbeitsministerin, Frau Nahles. Sie gehört Ihrer Partei an, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Dieser Hinweis muss auch in dieser Debatte erlaubt sein. Fakt ist: Die Bundesministerin hat den Auftrag, hier die notwendigen Prüfungen und Gespräche durchzuführen und einen Vorschlag zu unterbreiten. Dem Vernehmen nach verzögert sich dieser jedoch unter anderem wegen schwieriger verfassungsrechtlicher Fragestellungen.

Wie Sie wissen, ist auch die Haltung unter den Gewerkschaften nicht einheitlich. So hat der Vorsitzende von "ver.di", Herr Bsirske, erst am 31. März eine gesetzliche Regelung abgelehnt.

Die Haltung der Bayerischen Staatsregierung ist klar, meine Damen und Herren. Wir stehen für Gewerkschaftspluralität und Koalitionsfreiheit, die Verhältnismäßigkeit und Chancengerechtigkeit wahrt. Um ein verfassungskonformes Vorgehen zu gewährleisten, sind drei Punkte unverzichtbar:

Erstens. Wir brauchen eine enge Einbindung aller betroffener Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. In diesem Rahmen sind auch die bisherigen Erfahrungen in der Praxis mit der Rechtsprechungsänderung zu berücksichtigen.

Zweitens. Wir müssen die Balance zwischen allen betroffenen Interessen und Positionen wahren.

Drittens. Es darf zu keiner Verdrängung von Berufsgruppen- und Spartengewerkschaften kommen. Ihre Rechte aus Artikel 9 des Grundgesetzes müssen gewahrt bleiben.

In diesem Sinn wird sich die Bayerische Staatsregierung in den Gesetzgebungsprozess einbringen, so wie es auch der Dringlichkeitsantrag der CSU treffend formuliert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Staatsregierung steht für eine ausgewogene und verfassungskonforme Regelung der Tarifeinheit. Lassen Sie uns deshalb weiter gemeinsam an einem Strang ziehen. Der Antrag kann damit als erledigt gelten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: (nicht autorisiert) Herzlichen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur ersten namentlichen Abstimmung, und zwar rufe ich zunächst den Dringlichkeitsantrag Drucksache 17/1433 auf. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wir bleiben bei fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16.05 bis 16.10 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen jetzt unsere Abstimmung. Es wird außerhalb des Saales ausgezählt.

Ich bitte einen Moment um Geduld. Wir haben jetzt noch eine namentliche Abstimmung und dann noch einen Antrag. Danach ist es für heute schon geschafft. Ich rufe jetzt für die namentliche Abstimmung die Drucksache 17/1468 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – auf. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.11 bis 16.14 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung. Es wird wieder außerhalb ausgezählt.

Inzwischen darf ich bekannt geben, dass für den nächsten Tagesordnungspunkt von der Fraktion der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist

(Jürgen W. Heike (CSU): Bravo!)

Bevor ich aber diesen Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich zunächst noch Abstimmungsergebnisse bekannt geben, zunächst einmal zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern". Das ist die Drucksache 17/1434, zunächst zur Nummer 1. Mit Ja haben gestimmt 29, mit Nein haben gestimmt 86, und 33 haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 1 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun zum Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bürgerenergiewende retten – Kahlschlag beim EEG verhindern", Drucksache 17/1434, Nummer 2. Mit Ja haben gestimmt 60, mit Nein haben gestimmt 84. Damit ist der Dringlichkeitsantrag hinsichtlich der Nummer 2 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/1435 bis 1439, 1441 und 1469 bis 1471 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Damit komme ich zum letzten Tagesordnungspunkt für heute.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ehe für alle: Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Drs. 17/261)

Als erste Rednerin darf ich Frau Kollegin Stamm ans Rednerpult bitten.

Claudia Stamm (GRÜNE): (nicht autorisiert) (Von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Kolleginnen! Im Juli 2009 entscheidet das Bundesverfassungsgericht: In der Hinterbliebenenversorgung muss der Dienstherr die eingetragene Lebenspartnerschaft und die Ehe gleich behandeln. In dem Urteil heißt es: Die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im Bereich der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zusatzversichert sind, ist mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar. Weiterhin heißt es: Geht die Privilegierung der Ehe mit einer Benachteiligung anderer Lebensformen einher - ich kürze ab -, rechtfertigt der bloße Verweis auf das Schutzgebot der Ehe eine solche Differenzierung nicht.

Im August 2009 entscheidet das Bundesverfassungsgericht, dass das Amtsgericht Schweinfurt unrecht hatte, als es davon ausging, dass die eingetragene Lebenspartnerschaft verfassungswidrig sei. Diese Vorschrift betrifft Adoptionsverfahren, bei denen eine Partnerin einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft das leibliche Kind der anderen Partnerin als Kind annehmen möchte. Das Gericht hatte dies für verfassungswidrig gehalten, weil Eltern immer ein Mann und eine Frau sein müssten. Auch das wurde vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

Im Juli 2010 entscheidet das Bundesverfassungsgericht, dass Lebenspartnerschaft und Ehe bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer gleich zu behandeln sind. Im Juni 2012 ergehen zum beamtenrechtlichen Familienzuschlag das gleiche Urteil und die gleiche Beurteilung wie bei der Hinterbliebenenversorgung im Jahr 2009.

Ich könnte so weitermachen, also ein Bundesverfassungsgerichtsurteil nach dem anderen aufzählen. Das war nur ein Ausschnitt dessen, was die Politik wie die Richter in Karlsruhe nach und nach jedes Mal beschäftigt, wobei das Gericht die Politik eigentlich jedes Mal abwatscht; anders kann man das nicht nennen.

Eigentlich ist das eine Reihe von Peinlichkeiten. Dabei könnte es so einfach sein, die Ehe für Schwule und Lesben zu öffnen. Zur Anpassung der Lebenspartnerschaft an die Ehe muss der Gesetzgeber noch 150 Vorschriften in 60 Gesetzen und Verordnungen anpassen. Die Ehe für alle zu öffnen, wäre ein großer Schritt in Sachen Gerechtigkeit. Das Stückwerk muss ein Ende haben, statt immer wieder neue Gesetze anzupassen. Machen Sie es doch den Schwulen und Lesben, uns, den Richterinnen und Richtern leichter! Machen Sie es vor allem, liebe CSU, den Schwulen und Lesben in Ihren Reihen leichter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gewürge von SPD und Union um jeden einzelnen Paragrafen muss ein Ende haben. Es ist für uns Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschaft unwürdig, so zu handeln. Die Politik und nicht Karlsruhe sollte hier das Heft des Handelns in der Hand haben. Stimmen Sie unserem Antrag zu, öffnen Sie die Ehe, und dann ist es gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.04.2014 Drucksache 17/1616

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. und Fraktion (CSU)
Drs. 17/1470

Bericht zum Wildtiermanagement große Beutegreifer

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: Volker Bauer
Mitberichterstatter: Florian von Brunn

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst
- Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 11. Sitzung am 10. April 2014 beraten und für erledigt erklärt.

Dr. Christian Magerl Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 12, die einzeln beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine Gegenstimme, keine Enthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es			

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses

(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil I: Etablierung einer Junglandwirteförderung Drs. 17/528, 17/1623 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil II: Sockelförderung für die ersten Hektare eines Betriebs Drs. 17/529, 17/1624 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil III: Einführung der neuen KuLaP-Maßnahme ein- und mehrjährige Blühstreifen Drs. 17/530, 17/1625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil IV: Erhöhung der Umstellungsprämie für den Ökolandbau Drs. 17/531, 17/1626 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil VI: Etablierung praxistauglicher Gewässerschutzprogramme Drs. 17/533, 17/1628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

6.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil VII: Etablierung eines Heckenpflegeprogramms und Förderung der Neuanlage von Hecken Drs. 17/534, 17/1629 (A)
	DIS. 17/334, 17/1029 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil VIII: Integrative Waldschutzkonzepte Drs. 17/535, 17/1630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bezahlbaren Wohnraum sichern: Mieterschutz weiter verbessern Drs. 17/582, 17/1680 (A)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die Verankerung der Lehr- und Lernmethode des "Service Learning" an Schulen Drs. 17/613, 17/1525 (ENTH)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Karl Freller u.a. CSU

Monitoring für die Beurteilung Teilzeitbeschäftigter des öffentlichen Dienstes in Bayern einführen!

Drs. 17/629, 17/1743 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD Neue Erkenntnisse zum Oktoberfestattentat am 26. September 1980 Drs. 17/632, 17/1502 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Horst Arnold, Klaus Adelt u.a. SPD Rechtsverordnung für gastronomische Freischankflächen in Anlehnung an die Bayerische Biergartenverordnung Drs. 17/644, 17/1582 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Missbräuchliche Wildfütterung Drs. 17/683, 17/1583 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger, Angelika Weikert u.a. SPD
 zusätzliche Stellen für den Streifendienst bei der Nürnberger Polizei Drs. 17/729, 17/1704 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

 Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. und Fraktion (SPD) Anhörung zur Situation und zum Reformbedarf im Maßregelvollzug in Bayern Drs. 17/730, 17/1639 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		团	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einbindung der Kommunen und Regionen in das neue Beratungsgremium der EU-Kommission für das Freihandelsabkommen und in die "stakeholder briefings" Drs. 17/756, 17/1688 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

17. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martina Fehlner u.a. SPD

Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten Drs. 17/758, 17/1744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Dunkelfeldforschung zum Thema Menschenhandel -Sexuelle Ausbeutung

Drs. 17/777, 17/1521 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausbau der S-Bahn Nürnberg Stufe 3 Drs. 17/779, 17/1737 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD Bericht zur Neubesetzung von Spitzenpositionen großer staatlicher Kultureinrichtungen Drs. 17/786, 17/1442 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann u.a. SPD Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung Drs. 17/788, 17/1640 (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Anlage 1
zur 16. Vollsitzung am 7. Mai 2014

22.	Antrag der Abgeordne	ten Margit Wild, Martii	n Güll Kathi Petersen	ua SPD	
<i></i> .	Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD Situation der Berufsschulen Drs. 17/813, 17/1526 (E)				
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
23.	Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Martin Schöffel, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Bericht zum KULAP Drs. 17/815, 17/1584 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		团	团	Z	
24.	Antrag der Abgeordne Dr. Paul Wengert u.a. Drogenfund bei der Ba Drs. 17/817, 17/1425	SPD ayerischen Polizei	ul Gantzer, Markus Rir	nderspacher	
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	团		团		

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Aufklärung des Drogenfunds beim Chef der Kemptener Drogenfahndung Drs. 17/818, 17/1426 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen IV
Pflegebedürftige und pflegende Menschen durch Entbürokratisierung und Deregulierung der Pflege entlasten
Drs. 17/822, 17/1733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen V Verbindliches Personalbemessungsverfahren einführen Drs. 17/823, 17/1734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

28.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen VI
	Einführung eines ganzheitlichen Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf Bundesebene
	beschleunigen
	Drs. 17/824, 17/1735 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die bayernweiten Ergebnisse des Projekts "Bürgerarbeit" Drs. 17/871, 17/1730 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Islamunterricht in Bayern: Vom Modellversuch zum Regelangebot Drs. 17/887, 17/1527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
 Jahr Liberalisierung des Fernbusmarkts Drs. 17/903, 17/1736 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD) Hochwasserschutz in Bayern hier: Durchführung einer Anhörung Drs. 17/905, 17/1740 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD, Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag zur Zukunft der Katholischen Universität Eichstätt – Ingolstadt Drs. 17/918, 17/1443 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zur Sumpfsiebproblematik beim Atomkraftwerk Gundremmingen Drs. 17/932, 17/1741 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. und Fraktion (CSU) Bericht zum Wildtiermanagement große Beutegreifer Drs. 17/1470, 17/1616

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Anträge, bei denen gemäß § 126 Abs. 3 der Geschäftsordnung das abweichende Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen der Abstimmung zugrundezulegen ist:

36. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil V: Etablierung von freiwilligen Tierwohlmaßnahmen Drs. 17/532, 17/1627 (E)

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

37.	Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD Weiterentwicklung der bayerischen Agrarumweltprogramme Teil IX: Förderung des Leguminosenanbaus Drs. 17/536, 17/1631 (E) [X]
	Votum des mitberatenden Ausschusses für

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Sanierungsbedarf an öffentlichen Internatsschulen in staatlicher Trägerschaft Drs. 17/583, 17/1524 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Straßenbahnförderung erleichtern Drs. 17/679, 17/1578 (A) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z